Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2627/**030**

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2026/2027 12. Oktober 2026

Sachantrag

der Fraktion Juso-Hochschulgruppe

Die Geschichte mahnt uns! Aufruf zum Gedenken an die Reichspogromnacht

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petitum

In der Nacht vom 9. auf den 10. November jährt sich die Reichspogromnacht zum 88. Mal. In dieser Nacht des Terrors wurden über 7.000 jüdische Geschäfte, Privatwohnungen, jüdische Friedhöfe und Synagogen von der SA und NSDAP-Mitgliedern, unterstützt von Schutzpolizei und der Feuerwehr, überfallen, geplündert, verwüstet, und anschließend gebrandschatzt.
Juden*Jüdinnen wurden gejagt, gefoltert und inhaftiert. Insgesamt wurden 91 Juden*Jüdinnen im Rahmen der Pogrome getötet, gleichzeitig verschleppte die SA schätzungsweise 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager, wo schätzungsweise 1.300 dieser unmittelbar getötet wurden.
Auch in Hamburg wurden zentrale Orte jüdischen Lebens zerstört, darunter die Hauptsynagoge am Bornplatz, heute Joseph-Carlebach-Platz, die unmittelbar an die Universität Hamburg angrenzt.

Aber auch diese Gewalttaten passierten vor den offenen Augen der damaligen deutschen Bevölkerung. Sie wurde von einer großen Mehrheit gebilligt, unkommentiert stehen gelassen, in Teilen gerechtfertigt oder bejubelt.

Die Universität Hamburg profitierte unter dem System Hitlers und dem Faschismus und machte sich unweigerlich zum Mittäter bei den Gräueltaten der NSDAP und des Zweiten Weltkriegs.

Diese Nacht des Terrors steht im Kontext eines langen Irrwegs aus der ohnehin fragilen Demokratie der Weimarer Republik hinein in den Faschismus. So nutzte Hitler den Weg dieser Demokratie, um sie wieder abzuschaffen und ein Herrschaftssystem der Angst und Verfolgung zu errichten.
Dazu instrumentalisierte er und seine Partei die jüdische Bevölkerung als einen seiner

Sündenböcke. Mit Gewalt gegen Schriften, Bücher und Wissen setzte sich diese Instrumentalisierung fort. Die Gewalt gegen Menschen war darauf nur noch die vorbereitete Konsequenz.

Nie wieder darf es sich wiederholen, dass die Ressourcen eines Staates und seiner politischen Parteien für die strukturelle Verfolgung von marginalisierten Gruppen verwendet werden.

Nie wieder darf es sich wiederholen, dass die Zivilgesellschaft stillschweigend akzeptierend, oder sogar noch bejubelnd die gewaltsame Unterdrückung eines Teils der Gesellschaft billigt.

Und nie wieder darf es sich wiederholen, dass eine Universität dieses faschistische System durch ihre Forschung und Lehre mit trägt.

Der AStA möge zum Gedenken an die Reichspogromnacht und ihren Terror die Aktion Grindel Leuchtet sowie die Mahnwache am Bornplatz unterstützen und zur Teilnahme auf seinen Kanälen aufrufen.

Begründung
